



Der Dialog soll weitergehen

Relionsgemeinschaften/ Das Ergebnis der Minarettabstimmung wirft Fragen auf.

Die Abstimmung vom 29. November über das Minarettverbot hat polarisiert. Welches Fazit ziehen – nach Tagen des zeitlichen Abstands – die Vertreter der Religionsgemeinschaften? Fest steht jedenfalls: Mit ihren Botschaften zur Abstimmung sind sie nicht durchgedrungen.

Schock. «Es war für uns ein Schock», drückt Taner Hatipoglu, Präsident der Vereinigung islamischer Organisationen in Zürich (VIOZ), seine Gefühle vom Abstimmungsnachmittag aus. Er war vorher monatelang unterwegs gewesen, hatte sich an Diskussionen und Podienveranstaltungen beteiligt und versucht, den Menschen den Islam und die Anliegen der Muslime zu erklären. Doch alles habe nichts genützt. «Für das Zusammenleben der Religionen ist das Abstimmungsergebnis ein Rückschlag», zieht er ein pessimistisches Fazit. Er sieht Muslime in der Schweiz immer stärker ausgegrenzt. Aber dennoch gäbe es keine

Alternative zum Dialog: «Wenn die Wunden etwas verheilt sind, dann werden wir den Weg des Dialogs weitergehen. Das ist der einzige Weg. Aber wir sind ihn bereits seit Längerem gegangen – bisher ohne Erfolg.»

Selbstkritik. Amira Hafner Al-Jabaji, muslimische Islamwissenschaftlerin und Präsidentin des Interreligiösen Thinktanks, ist von der Deutlichkeit des Resultats überrascht. Sie wertet das Ergebnis – losgelöst von der Frage der Minarette – auch als Abstimmung über den Islam, sieht daneben jedoch die Notwendigkeit zur Selbstkritik: «Die Muslime hätten sich gesamthaft aktiver und konstruktiver in die Debatte einbringen sollen. Es ist zu spät, dann zu handeln, wenn die Meinungen bereits gemacht sind.» Sie ortet innerhalb des Islams Handlungsbedarf: «Es braucht von muslimischer Seite einen selbstkritischen Ansatz. Zu sagen, die Themen Zwangsehe und Beschneidung von Frauen hätten mit dem Islam nichts zu tun, reicht nicht aus: Man muss sie aktiv und konsequent bekämpfen.»

Betroffen. Die Abstimmung hat auch bei Vertretern der Reformierten Landeskirche Zürich Spuren hinterlassen. Kirchenratspräsident Ruedi Reich sieht das Ergebnis vor allem als Ausdruck einer grossen Verunsicherung hinsichtlich des Islams, die auch durch weltweite Ereignisse, die man mit dem Islam in Zusammenhang bringe, zu sehen sei. Die Landeskirche hatte sich im Vorfeld für ein Nein zur Initiative eingesetzt. Es ging für Reich dabei auch um die Glaubwürdigkeit der Kirche – weil das Evangelium eben auch zur Sorge für den Mitmenschen verpflichtet. Er fragt sich, wie es kommen konnte, dass die Botschaften der Landeskirche nicht gegriffen haben: «Die Frage stellt sich schon: Warum wurden wir nicht gehört?» Aufgeben will er jedoch nicht: «Für mich ist die klare Reaktion: Jetzt erst recht! Ich werde mich in Zukunft noch stärker im Bereich religiöser Friede engagieren!»

Solidarität. Viele jüdische Gemeinden haben sich vor und nach der Abstimmung mit den muslimischen Gläubigen solidarisiert. Aus gutem Grund, wie Michel Bollag, Leiter des Zürcher Lehrhauses, mitteilt: «Diese Solidarisierung erklärt sich durch die Minderheitenfrage. Juden sind gewöhnt, in der Minderheitenposition zu sein, und ergreifen deshalb auch Partei für Minderheiten. Daher hatten wir die Neinparole ausgegeben.» Und wie sieht Bollag die Zukunft des religiösen Friedens? Er räumt eine Gefährdung ein: «Vielen Menschen ist nicht bewusst, dass durch eine solch emotionale Abstimmung Werte gefährdet werden, die zu den Grundlagen der Demokratie und unseres Rechtsstaates gehören.»

Jürgen Dittrich